Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933
1931

150 (19.12.1931)

urn:nbn:de:gbv:45:1-887833

Visual Library

Nachrichten
für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von L. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt" für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld
Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Für durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kein Einspruchsrecht

Fernruf Nr. 90 — Schließfach 17

Nr. 150 — Elsfleth, Sonnabend, den 19. Dezember — 1931

Chronik des Tages.

— Wie verlautet, übernimmt der deutsche Botschafter in der Türkei, Nadolny, die Führung der deutschen Abrüstungsdelegation.

— Reichskommissar Dr. Goerdeler äußerte sich zuversichtlich über seine Arbeiten. Im Vordergrund der Verhandlungen steht gegenwärtig die Senkung der Brot- und Fleischpreise.

— Der Schlußbericht der Baseler Sachverständigen wird nunmehr für Dienstag erwartet. Ob dieser Bericht überhaupt bestimmte Schlußfolgerungen enthalten wird, ist noch zweifelhaft.

— Die englische Regierung hat in Beantwortung der französischen Denkschrift eine Reparationsnote ausgearbeitet.

— In der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde das Los Nr. 265 653, das in Achteln in Berlin und Hessen-Nassau gespielt wird, mit einem Gewinn von 100 000 Mark gezogen.

Aufschub statt Streichung?

— Berlin, 18. Dezember.

Die aus Basel vorliegenden Meldungen über die Verhandlungen des Beratenden Sonderausschusses der Bank für internationalen Zahlungsausgleich verdichten sich dahin, daß das Gutachten der Sachverständigen für Anfang nächster Woche zu erwarten ist. Es wird sogar bereits der Tag der Fertigstellung des Gutachtens genannt, nämlich der Dienstag. Sicher ist das alles aber wohl noch nicht. Mißtrauisch gesinnte Leute behaupten sogar, es sei überhaupt zweifelhaft, ob in Basel ein gemeinsamer Beschluß zustandekommen werde. Vielleicht werde das Gutachten nur ganz allgemein gehalten sein, und die Bemerkungen der einzelnen Delegierten nur im Anhang enthalten.

Vorerst unterhalten sich die Delegierten noch immer über die Gliederung des fertigzustellenden Gutachtens. Ueber Empfehlungen oder Schlußfolgerungen scheint überhaupt noch nicht gesprochen worden zu sein. Man beherzigt eben in Basel die Losung des alten deutschen Landsturmliedes: „Immer langsam voran". Und wie in diesem Lied die Knödel und der Hirsebrei, so mag schließlich in Basel das herannahende Weihnachtsfest den Gang der Ereignisse beschleunigen, so daß dann doch noch trotz aller Schwierigkeiten das Gutachten vor dem Fest unterschrieben und eingebunden werden kann.

Für die Einstellung Frankreichs zu diesen Verhandlungen ist eine Mitteilung der Nachrichtenagentur Havas vor Interesse, in der es heißt, die Sachverständigen in Basel seien fast einstimmig der Ansicht, daß Deutschland „absolut außerstande sei, in Zukunft mehr als die ungeschützten Zahlungen des Youngplans zu leisten."

Sollte man in Basel die Arbeit wirklich so unnötig erschwert haben? Sollte tatsächlich irgendein Sachverständiger so unverständig sein, Berechnungen darüber anzustellen, was Deutschland über die etwa 600 Millionen Mark „nichtübertragbaren" Reparationen hinauszahlen kann, wo es für jeden, der sehen will, klar ist, daß Deutschland zu jeder Tributleistung unfähig ist? Während Frankreich somit fortfährt, das ungeschützte Tributsoll als unantastbar hinzustellen, scheinen die Sachverständigen Englands, Amerikas, der Schweiz, Schwedens und Hollands ebenso offen anzuerkennen, daß zumindest vorerst jede Möglichkeit für weitere Tributzahlungen fehlt.

Nach den Erfahrungen bei früheren Gelegenheiten werden also die Sachverständigen möglicherweise der Lockung, durch eine Zwischenlösung sich harte Kämpfe um eine wirkliche Entscheidung zu ersparen, nicht widerstehen können. So hört man denn auch bereits von Plänen, die auf die Bewilligung eines neuen Zahlungsaufschubs für ein oder zwei Jahre abzielen. Offenbar will man durch eine derartige Regelung beiden Teilen einen „Gefallen" tun. Bei einem neuen Aufschub würde Frankreich zwar auch weiterhin kein Geld von Deutschland erhalten, aber es würde auch keiner Streichung der Tribute zustimmen brauchen. Frankreich soll sich also über die Einstellung der Tributzahlungen zunächst mit der Hoffnung hinwegtrösten, daß es schließlich ja wieder einmal besser werden wird.

Wo bleibt aber bei einer solchen Zwischenlösung für Deutschland und die nichtfranzösische Welt Raum für Hoffnungen? Würde nicht die Ungewißheit über die Endlösung der Tributfrage in Deutschland die Tatkraft lähmen und draußen in der Welt das Wiederaufleben des Vertrauens zu Deutschland verhindern? Die Sachverständigen müssen daher schon den Mut aufbringen, ihren Regierungen klipp und klar zu sagen, daß die Zeiten für die Einkassierung von Tributen vorüber sind.

Ringt man sich in Basel dazu durch und bequemen sich dann im Januar auch die Regierungen zur Beherzigung dieser Ratschläge dann würde die Welt auch so immer noch schwer zu kämpfen haben, um aus der Krise herauszukommen. Denn dann wären immer noch die Handelsschulden zu verzinsen und zu tilgen, die wir in den Vorjahren, freundlich ermuntert von dem kritikfröhlichen Parker Gilbert, aufgenommen haben, um die Reparationsmaschine in Schwung zu bringen

Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen muß übrigens damit gerechnet werden, daß die Stillhaltekonferenz der Bankiers in Berlin noch weitertagen wird, wenn die Sachverständigen in Basel bereits nach Hause eilen Endgültige Entscheidungen werden sehr wahrscheinlich aber auch in dieser Konferenz nicht fallen, sondern auch hier ist die Neigung übermächtig, einen steinigen Weg langsam zu bewältigen.

Die Preisverhandlungen.

Zwischenbericht des Preiskommissars. — Abbau der Brot- und Fleischpreise.

— Berlin, 18. Dezember.

Reichskommissar Dr. Goerdeler äußerte sich vor der Presse über den Verlauf der ersten Arbeitstage in der Ueberwachung der Preise. Was den Preisabbau bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft betreffe, werde er nachprüfen, ob die Tarifsenkung so weit gegangen sei, als es möglich ist. Seien bei der B. V. G. noch nicht alle Senkungsmöglichkeiten erschöpft, dann werde er weitere Schritte in dieser Richtung unternehmen. Vor allem werde er auch nachprüfen, ob es richtig gewesen sei, die Zeitkarten gar nicht oder in nur ganz geringen Ausnahmefällen herabzusetzen und nur bei den Einzelkarten die Senkung um 5 Pfennig vorzunehmen. Das letzte Wort sei also in der Senkung der Berliner Verkehrstarife noch nicht gesprochen.

Dr. Goerdeler führte weiter aus, daß er glaube, seine Absicht zunächst bei den dringendsten Bedarfsmitteln des täglichen Lebens eine Senkung der Preise herbeizuführen, mit Erfolg durchführen zu können. Mit den Oberbürgermeistern der Städte über 100 000 Einwohner schwebten Verhandlungen darüber, den Brotpreis durch Senkung der Preisspanne wesentlich zu mildern.

Die große Verschiedenheit der Preisspannen, die in den einzelnen Städten des Reiches beständen, böten die beste Gewähr dafür, daß eine nennenswerte Verbilligung zu erzielen sei. Die Antwort der einzelnen Städte und ihre Vorschläge für eine Preisverbilligung beim Brot seien bis Ende dieser Woche zu erwarten.

Die Verhandlungen über die Minderung des Fleischpreises verliefen ebenfalls günstig. Vielleicht könne man hier heute schon zu einem Abschluß kommen, der eine Senkung der Preise für die nächsten drei Monate ermögliche, da der Fleischerverband in den Verhandlungen zugesichert habe, von sich aus alles zu tun, was für eine Verbilligung dienen könne. Die Verhandlungen über den Milchpreis befänden sich erst im Anfangsstadium.

In den Besprechungen mit dem Einzelhandelsverband sei festgestellt worden, daß die Preise für Haus- und Küchengeräte in der letzten Zeit an sich schon so weit gesunken wären, daß sie im Durchschnitt nur noch 10 Prozent über den Vorkriegspreisen lägen. Wenn also hier und da in diesem Falle noch geringe Verbilligungen zu erzielen seien, so dürfe das Publikum doch auf diesem Gebiete nicht mit derartigen Preisminderungen rechnen, daß es sich beim Einkauf im Weihnachtsgeschäft Zurückhaltungen auferlege.

Die Kontrolle der Gas- und Elektrizitätspreise sei im Fluß. Die Möglichkeiten, die durch Zins-, Lohn- und Gehaltssenkung gegeben seien, würden ausgenutzt werden. Immerhin sei mit den Schwierigkeiten zu rechnen, die dadurch entständen, daß die privaten Werke wiederum von der erhöhten Umsatzsteuer betroffen würden. Eine Senkung werde aber auch hier kommen und man überlege im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen, ob man die Messergebühren an sich erniedrigen werde, oder einen Rabatt auf die Schlußrechnung gewähren solle. Verhandelt werde weiter über die Wasserpreise.

Wie in Berlin, so sei auch im Reiche mit einer Senkung der Preise für die Kosten der städtischen Verkehrsmittel zu rechnen. Die Unterhaltungen hierüber befänden sich noch in der Schwebe, sie seien sehr schwierig, da man in keinem Einzelfalle Türen und Tore für eine Verlustwirtschaft öffnen dürfe. Mute man ihm das zu, dann sehe er sich gezwungen, eher von seinem Posten zurückzutreten.

Seine Ausführungen abschließend, wies Dr. Goerdeler auf Verhandlungen mit dem Buchgewerbe hin, sowie darauf, daß man augenblicklich darüber berate, ob er seine Befugnisse teilweise an Landesbehörden oder Landeskommissare delegieren werde, da man sich hiervon für die Ueberwachung der Preisgestaltung bei den landwirtschaftlichen Produkten mehr verspreche.

Hindenburg an Hoover.

Veröffentlichung des Schreibens des Reichspräsidenten vom 20. Juni.

Der vom Reichspräsidenten vor dem Eingreifen des amerikanischen Präsidenten am 20. Juni an Präsident Hoover gerichtete Brief, der bisher geheimgehalten worden ist, ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung des deutschen Urtextes erfolgte im Anschluß an die Bekanntgabe des Briefes durch Staatssekretär Stimson im Kongreß. Hindenburgs Brief lautet:

„Herr Präsident!

Die Not des deutschen Volkes, die auf das höchste gestiegen ist, zwingt mich, mit diesem außerordentlichen Schritte, mich an Sie zu wenden.

Nachdem das deutsche Volk unendlich schwere Jahre durchlebt hat, deren Höhepunkt der letzte Winter gewesen ist, und eine erhoffte Belebung der Wirtschaft in diesem Frühjahr nicht eingetroffen ist, habe ich auf Grund der mir durch die Reichsverfassung verliehenen Vollmachten Maßnahmen getroffen, um die Durchführung der notwendigsten Staatsaufgaben und die Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeiten der arbeitslosen Bevölkerung sicherzustellen.

Diese Maßnahmen schneiden tief in alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein und verlangen von allen Teilen der Bevölkerung schwerste Opfer. Die Möglichkeiten, ohne Entlastung von außen durch innere Maßnahmen die Lage zu verbessern, sind erschöpft. Die Wirtschaftskrise, unter der die ganze Welt leidet, trifft das deutsche Volk, das durch die Folgen des Krieges seiner Reserven beraubt ist, besonders hart. Die ganze Welt hat, wie die Entwicklung der letzten Tage zeigt, nicht das Zutrauen, daß die deutsche Wirtschaft unter den gegenwärtig bestehenden Lasten zu arbeiten in der Lage ist.

Können, Arbeitswille und Disziplin des Deutschen Volkes rechtfertigen das Vertrauen in die Innehaltung der großen auf Deutschland lastenden unabänderlichen privaten Verpflichtungen und Anleihen. Deutschland bedarf aber zur Aufrechterhaltung seines Lebensmutes und des Zutrauens der Welt in seine Leistungsfähigkeit dringend eine Entlastung. Diese Entlastung muß sofort einsetzen, wenn nicht schweres Unheil über uns und andere hereinbrechen soll. Es muß dem deutschen Volke die Möglichkeit erhalten werden, unter erträglichen Lebensbedingungen zu arbeiten. Die erforderliche Entlastung würde allen Ländern in ihren materiellen und moralischen Rückwirkungen auf die allgemeine Krise zugutekommen. Sie würde die Lage der anderen Länder verbessern und die Gefährdung Deutschlands durch innere und äußere Spannungen, hervorgerufen durch Not und Hoffnungslosigkeit, wesentlich herabmindern.

Sie, Herr Präsident, als der Vertreter des großen amerikanischen Volkes, haben die Möglichkeit, für das deutsche Volk und für die Welt die Schritte zu tun, durch die eine sofortige Aenderung der gefahrdrohenden Lage herbeigeführt werden kann."

500 Millionen Zinsersparnis.

In Auswirkung der Notverordnung. — Berechnung des Konjunktur-Instituts.

Das Institut für Konjunkturforschung stellt Berechnungen über die Auswirkung der Zinsherabsetzung durch die letzte Notverordnung an. Danach betrug der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen zu Beginn des Jahres rund 30,5 Milliarden Mark. Hiervon sind 8,30 Milliarden Mark Auslandsanleihen. Von den Inlandsschuldverschreibungen sind rund 9,9 Milliarden Mark mit weniger als 6 Prozent Jahreszinsen ausgestattet, so daß also von der Zinsherabsetzung Schuldverschreibungen im Nominalbetrag von rund 12,3 Milliarden Mark betroffen werden. Dieser Betrag erhöht sich um rund 7,8 Milliarden Mark Aufwertungsanleihen, die vom 1. Januar 1932 an meist mit mehr als 6 Prozent zu verzinsen gewesen wären

Davon ausgehend berechnet das Institut eine Zinsentlastung von 505 Millionen Mark für die deutsche Gesamtwirtschaft. Im einzelnen wird die Zinsentlastung veranschlagt bei Wohnungsneubauten auf 120 Millionen Mark bei den Altbauten auf 175 Millionen Mark, für die Landwirtschaft auf 100 Millionen Mark. Verhältnismäßig gering dürfte die Zinsentlastung für die Industrie sein, da die Industrie vorwiegend Auslandsanleihen aufgenommen hat

Vier Wochen Helldorf-Prozeß.

Berufungsverhandlung gegen 41 Nationalsozialisten.

Vor dem Landgericht 3 in Berlin begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ohnesorge die Berufungsverhandlung in dem Prozeß wegen der Zwischenfälle, die sich am jüdischen Neujahrstag auf dem Kurfürstendamm ereignet haben.

Der Nachprüfung durch die Strafkammer unterliegen die Urteile in dem Prozeß gegen Schuster und Genosser und das Urteil gegen den Grafen Helldorf und seine Mitangeklagten. Von den 41 Angeklagten befinden sich 25 in Haft. Die Strafen in der ersten Instanz schwanken zwischen drei Monaten und einem Jahr neun Monaten Gefängnis. Die Strafkammer wird die Beweisaufnahme wiederholen und wesentlich erweitern. U. a. ist die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels vorgesehen. Zunächst wird allerdings die Vernehmung der 41 Angeklagten mehrere Verhandlungstage ausfüllen. Der erste Verhandlungstag begann mit der Verlesung der beiden Urteile, die zusammen 200 Schreibmaschinenseiten umfassen.

Landgerichtsdirektor Ohnesorge hat für die Verhandlung des Prozesses vier Wochen in Aussicht genommen.

Landesbibliothek Oldenburg

Kundgebung

der „Concordia", Verein für Handel und Schiffahrt, des Niedersächsischen Handwerkerbundes, Ortsgruppe Elsfleth, des Beamtenortskartells, der organisierten Arbeiterschaft, des Gemeindelandbundes und des Haus- und Grundbesitzervereins Elsfleth.

Anläßlich der Vorkommnisse bei der Wahl zum Amtsvorstand, hatten die vorgenannten Vereinigungen am Dienstag, 15. Dezember, zu einer öffentlichen Versammlung geladen, in der Stellung zu dem Vorgehen einiger Amtsratsmitglieder genommen wurde. Der Vorsitzende der „Concordia", Herr Direktor Sandersfeld, eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Begründung der Einberufung und erteilte dann Herrn Professor Immler das Wort zu einem Referat, aus dem wir folgendes entnehmen:

Der Vortragende ging davon aus, daß es Pflicht der Allgemeinheit sei, ihr Wahlrecht nicht damit für beendet anzusehen, ihre Stimme dem oder jenem Vertreter zu geben, sondern auch laufend zu verfolgen, wie diese Vertreter die ihnen gegebenen Stimmen im Interesse und zum Wohl der Stadt verwenden, und bei gegebener Gelegenheit Kritik, vielleicht herbe Kritik zu üben.

Der im November vorigen Jahres gewählte Stadtrat delegierte im Januar d. J. zu Mitgliedern des Amtsrates die Herren Bürgermeister Ehlers, Reicke, Leck, Kunkel und Vogelsang. Eine der ersten Aufgaben des zusammentretenden neunzehngliedrigen Amtsrates war die Wahl des Amtsvorstandes, der aus vier Mitgliedern des Amtsrates zusammengesetzt sein soll.

Es war im Mai für den Amtsvorstand eine Liste vorgeschlagen worden, die wie in den früheren Jahren, und wie es auch selbstverständlich schien, als Vertreter der Stadt Elsfleth ihren Bürgermeister Ehlers enthielt. Diese Liste fand nicht die Billigung der Berner Vertreter, unter denen ein Streit um den Vorrang des dortigen Gemeindevorstehers Müller und Herrn Wellmann ausgebrochen war. Dies vereitelte die Aufstellung einer Einheitsliste und es mußte zur Verhältniswahl gegriffen werden. Mit dem Berner Streit hatte Elsfleth nichts zu tun. Die Elsflether Amtsratsmitglieder hatten diesem Streite fernzubleiben und zum mindestens die Pflicht, Sorge zu tragen, daß die Interessen der Stadt Elsfleth nicht unterschnitten, die dank ihrer Bevölkerungsziffer und der entfandten 5 Amtsratsmitglieder unter 19 Amtsratsmitgliedern einen Anspruch auf einen der vier Amtsvorstandssitze erheben kann.

Die Wahl sollte am 24. November sein, die Listen mußten am 3. November eingereicht sein. Am 1. November besprach Bürgermeister Ehlers mit Kapitän Bolte die Sachlage. Nach dem Bilde, das man sich bis jetzt machen konnte, schien die Sache noch nicht schlecht zu stehen, wenn nur die Elsflether Amtsratsmitglieder erwartetermaßen für eine Elsflether Liste eintraten. Auch bei Versagen der Stimme Vogelsangs konnte noch nichts passieren. Als Herr Ehlers bei Herrn Kunkel anfragte, ob er ihn auf die Elsflether Liste Ehlers—Kunkel setzen dürfe, lehnte dieser die Zusage ab und sagte, daß er bereits gebunden sei. Ferner verlautete, daß an diesem Sonntag nachmittag eine Versammlung bei Vogelsang sei. Auf dieser Versammlung waren die beiden Berner Listen bekannt und es zeigte sich, daß auf der Wellmann-Liste an vierter Stelle der Name Kunkel stand. An diesem Tage war also dem Magistratsmitglied Kunkel ganz genau bekannt, wie die Aussichten für Elsfleth standen: drei Wochen vor der Wahl hatte Kunkel seine Stimme gebunden und die Aussichten für Ehlers standen also schlecht. Die drei Listen hießen:

1. Wellmann, Oncken-Großenmeer, Humpe-Warfleth, Kunkel.
2. Müller-Berne, Heinemann, Koopmann, Addicks.
3. Ehlers.

Versuche, für Ehlers noch eine vierte Stimme zu gewinnen, scheiterten. Die Liste Wellmann bekam 7 Stimmen, Müller 8 Stimmen, Ehlers 3 Stimmen. Damit waren Wellmann—Oncken und Müller—Heinemann gewählt, Ehlers konnte keinen Sitz gewinnen.

Die Stadt Elsfleth muß besonderen Wert darauf legen, daß sie im Amtsvorstand vertreten ist; als geeignetste Persönlichkeit dafür ist der kraft seines Amtes in allen Dingen bewanderte Bürgermeister Ehlers anzusehen.

Den wenigsten in Elsfleth ist bekannt, welche Funktion der Amtsvorstand auszuüben hat; meist werden sie mit den Funktionen des Amtsrates verwechselt. Genau wie Stadtrat als bewilligendes Organ und Magistrat als ausführendes Organ in der Verwaltung der Stadt einander gegenüberstehen, so hat der Amtsrat seine Tätigkeit im wesentlichen damit abgeschlossen, alljährlich den Haushaltsplan zu genehmigen; dagegen tagt der Amtsvorstand alle 14 Tage und erledigt die laufenden Geschäfte, bei denen eine gleichmäßige Wahrung der städtischen und ländlichen Interessen das Haupterfordernis ist. Wir müssen daher besonderen Wert darauf legen, daß, da Elsfleth von lauter Landgemeinden umgeben ist, die Stadtgemeinde Elsfleth mit ihren ganz besonders gelagerten Verhältnissen einen in alle Einzelheiten eingeweihten Vertreter, wie es der amtierende Bürgermeister ist, im Amtsvorstand hat, da er durch einen ländlich eingestellten Vertreter einfach nicht ersetzt werden kann.

Ohne an der staatsbürgerlichen Eignung der jetzt gewählten Amtsvorstandsmitglieder rütteln zu wollen, muß aber mit Nachdruck festgestellt werden, daß der so gewählte Amtsrat im wesentlichen landwirtschaftlich belastet ist. Die besondere Lage der Verhältnisse in der Stadtgemeinde Elsfleth finden in diesem Amtsvorstand keinen Fürsprecher. Das mußten diejenigen wissen, die als Elsflether Gemeindebürger vom Vertrauen der Bevölkerung in den Stadtrat und durch diesen in den Amtsrat gewählt wurden, als sie ihre Stimme an die Berner Liste verzettelten.

Man muß sich dazu die besonderen Aufgaben des Amtsvorstandes vergegenwärtigen.

Die Kriegshinterbliebenenfürsorge wird vom Reich über das Land zur weiteren Verteilung an die Amtsvorstände überwiesen. Der Amtsvorstand regelt den Zufluß dieser Reichsmittel an die einzelnen Gemeinden.

Das Gleiche gilt für die Rentnerfürsorge.

Man muß unsere Kleinrentner und Sozialrentner, die bekanntlich in der Stadt Elsfleth viel stärker vertreten sind als in sämtlichen Landgemeinden, ganz besonders darauf aufmerksam machen, was es heißt, wenn ihr Schicksal nicht von einem Manne mitgeregelt wird, der ihre Verhältnisse ganz genau kennt, der sich so persönlich um ihr Schicksal kümmert, wie unser Bürgermeister, sondern von Männern, die die Not, die mit jedem Leben in einer Stadt und sei es auch einer Kleinstadt, verbunden ist, nicht so persönlich mitfühlen, und deswegen gänzlich anders geartete städtische Lebenshaltung leicht falsch beurteilen. Hier fehlt von nun an die schützende Hand, nachdem die Stadt Elsfleth an der entscheidenden Stelle Sitz und Stimme verloren hat!

Auch im Falle der Bezirksfürsorge, d. i. der Fürsorge für Krüppel, Tuberkulöse, verwahrloste Jugend, Schwachsinnige, Blinde, muß bei der stärkeren Bevölkerungsziffer die Stadt Elsfleth stärker mit Anträgen vertreten sein als die übrigen Landgemeinden und daher einen besonderen Anspruch auf Berücksichtigung haben. In diesen Fällen ist der Amtsvorstand die entscheidende Behörde. Dabei ist aber die persönliche Fühlungnahme unseres Stadtoberhauptes mit dem Amtsvorstand oft von ausschlaggebender Bedeutung. Jeder Eingeweihte weiß, daß es der Fürsprache unseres Bürgermeisters Ehlers fast immer gelungen ist, auch die verzweifeltsten Fälle im Amtsvorstand unterzubringen und so der Stadt Mittel zuzuführen, die ihr sonst versagt blieben.

Der Amtsvorstand ist ferner die Behörde, welche bei Zuwendungen des Reiches und des Landes die Verteilung derselben unter die Gemeinden durchführt. Auch hier legen wir entschieden Wert darauf, daß die Stadt Elsfleth als größte Gemeinde und auch als notleidendste Gemeinde mit beschließender Stimme ihre Argumente in die Wagschale wirft. Wie wichtig da die Stimme der Stadt ist, zeigte sich im letzten Jahre bei der Verteilung der Mäusebeihilfe und der Mäusedarlehen. Auch hier verdanken wir es der rührigen Tätigkeit unseres Bürgermeisters Ehlers, daß die schwerstgetroffene Gemeinde Neuenfelde, in der doch bekanntlich der Herd der Mäuseplage war, die Mittel zuflossen, die ihr wegen des Schadens gebührten.

Weiter bereitet der Amtsvorstand alle Vorlagen an den Amtsrat vor. Auch hier ist ganz wesentlich die persönliche Einstellung der Amtsvorstandsmitglieder. Wenn wir nun sehen, daß ein Amtsvorstand hauptsächlich von landwirtschaftlich eingestellten Männern besetzt ist, dann erhebt sich die bange Frage, wie dabei die rein städtischen Interessen gewahrt werden können. Wie konnten unsere Vertreter im Amtsrat so verblendet sein, daß sie hier die Belange unserer Stadt so völlig aus dem Gesichtskreis verloren, daß sie es verantworten konnten, einer so einseitigen Zusammensetzung des Amtsvorstandes ihre Stimme zu geben?

Wie soll ferner die Einstellung des Amtsvorstandes zu den Fragen des Schulschiffvereins und des Kanalvereins sein? Glaubt man, daß ein landwirtschaftlich eingestellter Amtsvorstand irgendwelches Verständnis für die Zwecke des Schulschiffvereins oder des Kanalvereins aufbringen kann? Was wird man sagen, wenn er aus falsch verstandener Sparsamkeit solche Beträge zu streichen anfängt? Was wird der Schulschiffverein dazu sagen, wenn er in der Geste der Streichung nur ein mangelndes Interesse an seinen Bestrebungen sieht und seine Ohren williger den Einflüsterungen leiht, die die Schulschiffe in andere Häfen verlegen möchte?

Wie wichtig eine solche Vertretung in maßgebenden Stellen sein kann und wie wenig man auf eine solche Vertretung verzichten kann, sehen wir deutlich an unserer Nachbarstadt Brake. Diese hatte bisher immer das Glück, ihre wirtschaftlichen und politischen Kreise, ganz gleich welcher Richtung, so zusammenzuhalten und dadurch eine Stoßkraft zu bekommen, daß sie an entscheidenden Stellen sich immer durchsetzte. Wieviel hat Brake seinen langjährigen Abgeordneten zu verdanken! Und bei uns sieht man, wie die eigenen Abgeordneten aus undurchsichtigen Gründen die Stadt Elsfleth im Amtsvorstand preisgeben!

Was verbirgt sich hinter einem solchen Vorgehen?

Seit Bestehen der Stadt Elsfleth, ist Elsfleth mit einer Stimme im Amtsvorstand vertreten. Keine der umliegenden Landgemeinden hat es irgend bezweifelt, daß das so zu Rechtens besteht. Ausgerechnet Elsflether Bürgern, offiziellen Mitgliedern des Stadtrates, ja sogar des Magistrates und dem bisherigen stellvertretenden Bürgermeister blieb es vorbehalten, hier eine Bresche zu ungunsten seiner eigenen Vaterstadt zu schlagen!

Ortsfremde Streitereien machen eine Wahl zum Amtsvorstand durch Zuruf unmöglich. Zwei fremde Listen bekämpfen sich. Hat bei solchen Listen irgend ein Elsflether etwas zu suchen? Haben nicht die Elsflether die Pflicht, um die Elsflether Interessen nicht untergehen zu lassen, auf eine eigene Elsflether Liste zu dringen, in denen nur die Elsflether Belange vertreten sind?

Als Bürgermeister Ehlers sich entschließt, eine dritte Liste Ehlers-Kunkel aufzustellen, ruft er bei Herrn Kunkel an und hört, daß dieser sich nicht beteiligen könne, da er schon gebunden sei. Woran kann ein Elsflether anders gebunden sein, als an das Wohl der Stadt Elsfleth? Sollte es schon eine Liste Kunkel geben? Bald kam die Lösung des Rätsels. Man erfährt, daß bei Vogelsang große Beratung stattgefunden habe, daß bei dieser Beratung die Müllerliste aus Berne bereits bekannt gewesen sei, auf der außer Müller nur einige bekannte Gemeindevorsteher, aber kein Elsflether Name steht, und daß dagegen die Wellmann-Liste aufgestellt wurde, auf welcher an vierter und letzter und gänzlich aussichtsloser Stelle der Name Kunkel auftrat. Ist das Wahrung Elsflether Interessen?

Im Namen sämtlicher hier vertretener Wirtschaftsverbände müssen folgende drei Fragen gestellt werden:

1. Warum hat Herr Kunkel, als er von der Aufstellung der verschiedenen Listen Kenntnis bekommen hat, nicht sofort dafür Sorge getragen, daß den Berner Listen, die die Elsflether Belange nicht berücksichtigten, eine eigene Elsflether Liste entgegengestellt wurde?

Zwei Schwestern werden glücklich

Roman von Helma von Hellermann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

6

„Wissen Sie was, Fräulein Brigitte? Wir verwandeln den Spaziergang in eine Teestunde", schlug er vor. „Hier ganz in der Nähe ist eine gemütliche kleine Konditorei, wo wir ungestört plaudern und Sie ein bissel was Gutes knabbern können. Einverstanden?"

„Ich habe gar kein Geld bei mir", gestand Brigitte kleinlaut und balancierte zögernd auf den Fußspitzen.

Buchmann lachte. „Wenn's weiter nichts ist! Sie werden doch einem Kollegen erlauben, Sie einmal zu einem Stück Kuchen einzuladen! Also: Auf in den Kampf, Torero!"

Er öffnete ihren Schirm, ergriff ihren Arm und zog sie fest an sich. Vorsichtig die Pfützen meidend, überquerten beide den großen Platz vor dem Bahnhof, um gleich darauf in eine stille Seitenstraße einzubiegen, die halbdunkel vor ihnen lag. Die schlanke Gestalt an seiner Seite an sich pressend, führte Buchmann Brigitte ein paar Stufen hinauf durch eine kleine Konditorei in eine matt erleuchtete Stube, deren wenige Tische während dieser Stunde fast leer waren. Nur ein junges Paar befand sich darin, das aus vertiefter, zärtlicher Unterhaltung auffuhr und unwillig die Neuankömmlinge betrachtete, um bald darauf das Lokal zu verlassen.

Buchmann geleitete seine Begleiterin an einen kleinen Tisch in der Fensternische, die auf der einen Seite durch verschlossene Vorhänge, auf der anderen durch zwei verstaubte Palmen gegen Beobachtung geschützt war. Eine noch junge, üppige Frau mit struwweligem Haarschopf kam auf Filzpantoffeln herangeschlürft und fragte nach dem Begehr der Gäste, wobei sie den Chemiker vertraulich begrüßte. Er kam öfters hierher in Damenbegleitung.

Buchmann bestellte Eis für Brigitte und zwei Liköre, denen bald zwei weitere folgten. Das scharfe, süße Getränk übte die gewünschte Wirkung aus. Bald saß sie mit geröteten Wangen und blitzenden Augen da, lachte vergnügt über des Doktors drollige Anekdoten, die allmählich ein wenig gewagt wurden, und plauderte frisch drauflos über ihre eigenen Angelegenheiten, berauscht vom Glück, just diesem Manne begegnet zu sein, an den sie so stark im Zuge gedacht. Dieser war's, dessen Hand sie in eine leuchtend lockende, bessere Zukunft führen sollte! —

„Nie einem Rennen beigewohnt, nie zu Abend gespeist in einem guten Hotel?" Buchmann war fassungslos. „Kind, das ist ja kaum glaubhaft! Na, da haben wir aber viel nachzuholen. Vertrauen Sie sich nur ruhig meiner Führung an — ich garantiere, daß Sie sich nicht langweilen!"

Er hob sein Glas gegen sie. Strahlend tat sie ihm Bescheid. Also fand er wirklich Gefallen an ihr, der reiche Junggeselle! Sie sah schon den goldenen Reif am vierten Finger der Linken funkeln... Ihr Gesicht glühte.

Reizend war das Mädelchen, so voller Lebenshunger und dabei frisch und unberührt wie eine Blume — so recht was für seinen Geschmack! Er lächelte sie unter halbgeschlossenen Lidern an.

„Ich glaube, daß wir sehr gute Freunde werden", sagte er leise und legte seine Hand leicht auf die ihre.

Etwas in der streichelnden Bewegung, die tastende, noch unverstandene Frage in dem verschleierten Blick ernüchterten plötzlich das junge Ding, das nicht umsonst in der Schwester reiner Nähe lebte. Wollte er sie prüfen? Er sollte sogleich wissen, daß sie seiner Achtung wert sei. Wie unabsichtlich zog sie ihre Hand zurück, richtete sich auf und hob das Kinn ein wenig.

„Und ich glaube, daß es Zeit ist, nach Hause zu gehen", erwiderte sie heiter und mit einer solch unbefangenen Sicherheit, daß der Mann sie betroffen ansah.

Donnerwetter, die Krabbe! Wo hatte sie diese Allüren der Dame von Welt her! Hindernisse reizten ihn von jeher. Er nickte ihr lächelnd zu, ganz harmloser, guter Kamerad.

„Damit dürften Sie recht haben, kleine Freundin. Ihr Fräulein Schwester soll nicht allzulange auf Sie warten müssen, sonst sorgt sie sich am Ende. Gestatten Sie!"

Höflich half er ihr in die Jacke, ging nach vorn und bezahlte, während sie die Handschuhe anzog, und verließ gleich darauf mit ihr das Lokal. Es hatte aufgehört zu regnen, aber der Asphalt glitzerte noch vor Nässe im Licht der großen Bogenlampen.

„Vorsicht, daß Sie nicht ausgleiten, es ist recht schlüpfrig", mahnte Buchmann, und schob seinen Arm durch den des jungen Mädchens, aber diesmal mehr führend als an sich pressend.

Er war vorsichtig geworden. Dies reizende Tierchen durfte nicht vergrämt werden. Am Bahnhof holten sie die beiden Handkoffer, die solange eingestellt gewesen. Als Brigitte der Haltestelle der Elektrischen zustreben wollte, rief er sie zurück:

„Halt! Wir nehmen lieber ein Auto, da sind Sie in fünf Minuten zu Hause. Ich fahre dann gleich mit dem Wagen weiter, bin bei Freunden in Loschwitz zu Abend eingeladen."

Brigitte nickte wortlos, ließ sich in eine Droschke helfen und saß dann still neben dem Doktor, der, in die andere Ecke gelehnt, sie von der Seite heimlich beobachtete.

Ja, der hatte es gut, dachte sie, jeden Tag neue Freuden!

Ein leiser Seufzer.

Buchmann hörte ihn und erriet seinen Grund.

„Schade, daß Sie nicht mitkommen können", meinte er liebenswürdig, „wir wollen nachher noch ein wenig tanzen, oben auf dem Luisenhof. Na, vielleicht ein andermal. Aber an dem Rennen wollen wir festhalten, ja? Ich gestatte mir, Sie zum nächsten Sonntag feierlichst einzuladen. Um zwei Uhr werden Sie abgeholt."

Brigitte zog die Oberlippe durch die Zähne und hatte eine nachdenkliche Falte zwischen den Brauen.

„Es wird Barbara nicht recht sein", meinte sie dann bekümmert, „wir wollten nach dem Friedhof..."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

2. Warum hat Herr Kunkel, wenn er vielleicht der Meinung gewesen sein sollte, daß Herr Ehlers aus irgendwelchen Gründen auszuscheiden habe und wenn er sich selbst für einen geeigneten Vertreter der Stadt gehalten hat, nicht Sorge getragen, daß er oder ein anderer Elsflether wenigstens in aussichtsreicher Stelle eingefügt wurde, und warum hat er seine Kandidatur nicht zurückgezogen, als er merken mußte, daß diese Garantie ihm nicht gegeben werden konnte?

3. Wieso kommt es, daß Herr Kunkel, der in 10jähriger verdientlicher Tätigkeit als Stadtratsmitglied, Magistratsmitglied und stellvertretender Bürgermeister und als Amtsratsmitglied mit allen Verhältnissen der Wahlgeometrie hätte vertraut sein müssen, kein Gefühl dafür aufgebracht hat, daß er durch Verharren auf aussichtsloser Position seine Stimme drei Wochen vor der Wahl festlegte und somit diese Stimme einer eventuellen Elsflether Liste, deren Kommen er bereits voraussehen mußte, entzog und dadurch gröblich die Pflicht verletzte, die er als öffentlicher Vertreter der Stadt gegenüber seiner Unterstadt einzuhalten verpflichtet war?

Dieses Verhalten kann nicht anders gebrandmarkt werden, als daß er seine Stimme zum Nachteil der eigenen Stadt fremden Interessen zugeschoben, und so das Vertrauen, das wir in unsere Vertreter der öffentlichen Interessen zu setzen berechtigt sind, gröblich mißbraucht hat.

Die Wurzeln der hier zutage tretenden Mißstände liegen noch tiefer und sind nur zu erklären aus der Oppositionsstellung, welche seit Jahren von dem Kreise um Vogelsang gegen den Bürgermeister Ehlers eingenommen wird. Diese Einstellung verdient schärfste Kritik, weil sie absolut unverständlich und nur geeignet ist, die Arbeit im Stadtrat zu hemmen und zu stören, und nicht den geringsten Gewinn bringt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß es darauf abgesehen ist, den Bürgermeister bei der demnächst stattfindenden Bürgermeisterwahl auszuschalten und seine Wiederwahl zu verhindern. Man muß zu dem Schlusse kommen, daß es in diesem Zusammenhange jetzt, und zwar leider mit Erfolg, versucht wurde, die Stellung des Bürgermeisters zu untergraben. Schon tauchen in der Stadt Gerüchte auf, daß an Stelle des bisher amtierenden Bürgermeisters Herr Kunkel gesetzt werden soll. Es muß bestritten werden, daß auch dem gezeigten Verhalten Herr Kunkel die geeignete Person für einen solchen Posten ist.

Im Gegenteil, unser langjähriger Bürgermeister Ehlers hat bei seiner 24jährigen Amtstätigkeit nicht allein soviel Wohlwollen für die Nöte der Einwohner Elsfleth's gezeigt, für die er sich noch jederzeit persönlich eingesetzt hat, sondern auch bei jeder Gelegenheit bewiesen, daß er trotz der Ungunst der Zeit noch etwas übrig hat für die Zukunft der Stadt, daß es ein Akt der Undankbarkeit wäre, ihn jetzt fallen zu lassen und auf seine Arbeit, auf die Elsfleth stolz sein kann, zu verzichten.

Wir, die wir jetzt genug haben von der gegenspielerischen Tätigkeit des Herrn Vogelsang, legen ein nicht mißzuverstehendes Veto ein gegen solche unverantwortlichen, die Stadt schädigenden Handlungen einiger ihrer Vertreter, und wollen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht scheuen werden, den Stadtrat aufzulösen, wenn es sich zeigen sollte, daß solche Kräfte noch weiter zum Schaden der Stadt ihr Mandat mißbrauchen sollten!

Im Sinne des Referates nahmen zu der Angelegenheit noch Stellung die Herren Kapitän Bolte, der noch einen genaueren Einblick in die Zusammenhänge vor der Amtsvorstandswahl gab, ferner Herr Malermeister Münstermann, Medizinalrat Dr. Steenken und Herr Reicke. Darauf versuchte Herr Kunkel eine Rechtfertigung seines Vorgehens und betonte, daß er nie daran gedacht habe, Bürgermeister zu werden und entschuldigte sein Verhalten mit einem Versprechen, das er schon im Sommer Herrn Wellmann gegeben habe, den er unterstützen wollte. Trotzdem gelang es ihm nicht, eine klare Antwort auf die drei an ihn gerichteten Fragen zu geben. Auch Herr Brüggemann gab Kunkel die Schuld an der verunglückten Amtsvorstandswahl, und Herr Müller hob hervor, daß den Ausgang der Wahl bald die Sozialrentner und Kleinrentner zu spüren haben werden. Herr Vogelsang bestritt, daß seine Arbeit gegen den Bürgermeister gerichtet sei, vermied es aber auch, zu erklären, warum er die Liste Wellmann unterstützt habe. Auf keinen Fall gelang es den Herren Kunkel und Vogelsang, den ungünstigen Eindruck zu zerstören, den ihr Verhalten bei der Wahl hervorgerufen hatte; ihre Rechtfertigungsversuche trafen nicht den Kern der gegen sie erhobenen Anklage.

Die Vorstände der einberufenen Vereine legten dann der Versammlung die nachfolgende Erklärung vor, welche mit vereinzeltem Widerspruch seitens der Anhänger Vogelsangs angenommen wurde und folgendermaßen lautete:

Oeffentliche Erklärung:

Die Vorstände der „Concordia", Verein für Handel und Schiffahrt, des Niedersächsischen Handwerkerbundes, des Beamtenortskartells, der organisierten Arbeiterschaft, des Gemeindelandbundes und des Haus- und Grundbesitzervereins haben am Dienstag, 15. Dezember, eine öffentliche Kundgebung veranstaltet, in der zu den Vorgängen bei der Wahl zum Amtsvorstand Stellung genommen wurde. Nach einem Referat, in dem der Werdegang dieser Wahl und die Bedeutung eines Sitzes im Amtsvorstand für die Stadt Elsfleth geschildert wurde, sprechen die versammelten Vereine

1. ihre Mißbilligung darüber aus, daß die Amtsratsmitglieder Vogelsang und Kunkel, nachdem sie Kenntnis davon erhalten haben, daß in den von Berne aufgestellten Listen die Elsflether Belange nicht genügend berücksichtigt wurden, nicht rechtzeitig dem Magistrat davon Meldung erstattet haben, um ihn zu veranlassen, daß dieser seinerseits geeignete Schritte unternehmen konnte, in einer besonderen Liste die Elsflether Interessen zu wahren,

2. sprechen sie ihre Mißbilligung dem Magistrats- und Amtsratsmitglied Kunkel aus, daß er sich dazu verleiten ließ, auf einer fremden Liste an einer völlig aussichtslosen Stelle zu kandidieren, wodurch er nicht nur nicht die Elsflether Interessen wahren konnte, sondern sogar durch den dadurch offenbar werdenden Stimmenabzug diese Interessen offenkundig verletzte. Sie dehnen diese Mißbilligung dahin aus, daß er trotz der Aussichtslosigkeit seiner Wahl seinen Namen zum Nachteil der Stadt nicht von der Liste wieder zurückzog,

3. die genannten Vereine verurteilen die versteckten Treibereien gegen die Person des Bürgermeisters Ehlers und sprechen ihm für seine Amtsführung das volle Vertrauen aus. Sie haben keine Veranlassung, bei der nächsten Bürgermeisterwahl von ihm abzurücken, und werden sich, eventuell auch mit dem Mittel der Auflösung des Stadtrates, für seine Wiederwahl einsetzen.

Hierzu eine Beilage

Wenn Sie schon auf den Pfennig sehen, dann müssen Sie wissen: Schon ein Teelöffel imi reicht für eine normale Aufwasch- und Spülschüssel und reinigt eine große Menge Geschirr!

imi zum Aufwaschen - Spülen - Reinigen
*** für Geschirr und alles Hausgerät ***

J302/31b.

Der wahre Jakob

Zu Weihnachten
Herren-Ulster
Herren-Paletots
Herren-Anzüge
Jünglings- und Knaben-Ulster und -Anzüge
zu sehr billigen Preisen und dann noch 20 % extra.
Th. v. Freeden

Weihnachts-Karten
3 Stück für **10** Pfg.
H. Bargmann
Buchhandlung
Papier- und Schreibwaren

Ischias-, Gicht- und Rheumatismuskranken
teile ich gern gegen 15 Pfg. Rückporto sonst **kostenfrei** mit, wie ich vor Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
J. Stieling, Kantinenpächt.
Frankfurt/Oder 257
Jüdenstraße 6

Zwei aneinander liegende
Räume
werden für Bürozwecke zum 1. Jan. 1932 gesucht. Beschr. und Angabe des Preises unter **D. G. 91** a. Gesch. d. Bl.

Sämtliche Artikel
zur Festbäckerei
in stets frischer Ware
Ludolf Stindt
Fernsprecher 66

Für den
Weihnachtstisch
Walnüsse . Pfd. **50** und **60** ₰
Haselnüsse Pfd. **55** und **65** ₰
Paranüsse . . . Pfd. **60** ₰
Krachmandeln . Pfd. **60** ₰
Erdnüsse . . . . Pfd. **30** ₰
Kokosnüsse . . . Stck. **25** ₰
Feigen . . . . . Pfd. **30** ₰
Datteln . . . . Pfd. **45** ₰
Baumkerzen, Karton . **30** ₰
Vollmilch-Schokolade 4 Tafeln **95** ₰
Baumkeks, Marzipan billig
Thams & Garfs
Niederlage

Alle, die dem Vaterl. Frauenverein noch Spenden an Geld, Kleidungsstücken oder Lebensmitteln für die Weihnachtspakete zuwenden wollen, werden gebeten, ihre Gaben bis Dienstag vormittag abzugeben

Dienstag, vorm. 10 Uhr
Packen der Weihnachtspakete
in Geislers Klubzimmer

Der wahre Jakob

Bücher, die
man eilig braucht, besorgt sofort, ohne Mehrkosten
Bargmanns Buchhandlung

Die Beilage „Heimat u. Welt" wird der nächsten Nr. beigelegt

Stadtratssitzung
Montag, den 21. d. M., 19 Uhr, in der Berufsschule

Tagesordnung:

Entlassung des Studienrats Köhler aus dem städtischen Schuldienst.
Antrag der Erwerbslosen auf:
a) Bewilligung einer Weihnachtsbeihilfe.
b) Kostenlose Gewährung von monatlich 2 Kw.-St. Lichtstrom.
Antrag der sozialdemokratischen Partei auf Bereitstellung von Gartenland für die Erwerbslosen.

Nautische Verbindung „Visurgis"
Am Sonnabend, dem 19. Dezbr. findet im Hotel **„Großherzog von Oldenburg"** unser diesjähriger
Weihnachtsball
(Kapelle Charly Linke)
verbunden mit Examenskneipe und Tombola, statt.
Anfang pünktlich 20 Uhr
Eintritt 1 RM (nur auf Einladung)
Das Präsidium

ETB
Neujahr
Oeffentlicher Heimatabend
in Geislers Saal. Anfang 8 Uhr
Eintritt 50 Pfg, für Mitglieder frei

Nach dem Heimatabend
Tanzkränzchen
Ernst Geislers

Landesbibliothek Oldenburg

Für Magen- u. Zuckerkranke

empfiehlt

Simons- und Grahambrot

Simonsbrot auch in Scheiben

Gerh. Settje
Inh. W. Settje

Fertige Joppen, Hosen, Barchend- und Flanellhemden, Schlosseranzüge usw.

zu stark ermäßigten Preisen

Diedr. G. Stöver

Fernsprecher 258

Wer Bücher gut und billig braucht, Sie immer gern bei Bargmann kauft

Größte Auswahl — Billigste Preise

H. Bargmann :: Buchhandlung
Zeitschriften- und Modenzeitung-Vertrieb
Elsfleth, Steinstraße 11

Wie vollendet
Ihre Kragen und Oberhemden ausgeführt werden können, wissen Sie erst, wenn Sie diese waschen und bügeln lassen in der

„Union" Deutsche Neuwäscherei

Die Spezialwäscherei für feine Herrenwäsche

ANNAHME-STELLE:
In Elsfleth: Frau Emma Hildebrandt, Steinstraße 1

Alle Aufträge, welche bis zum Weihnachtsfest zurückgeliefert werden sollen, wollen Sie, bitte, bis zum Sonnabend, den 19. Dezember in unserer Annahmestelle abgeben.

Ein wirklich gutes und schönes Weihnachtsgeschenk **für Damen** sind

Dauerwellen

(System „Wella")
Große Haltbarkeit — Stets gutes Aussehen
Preise lt. Notverordnung herabgesetzt
Vorherige Anmeldung erwünscht
Salon Juchert, Telefon 255

Tivoli = Lichtspiele.

Sonntag

Der jüngste Leutnant

10 Akte mit **Marion Harris und Dorothy Jordan**

Der Dämon

Ein phantastischer Roman, 8 Akte mit **Paul Wegener**

Verein der Freunde der Seefahrtschule

Zu einem am **zweiten Weihnachtstag, 20 Uhr,** im Gasthof **„Großherzog von Oldenburg"** stattfindenden

Tanzkränzchen

werden die Mitglieder freundlichst eingeladen.
Eintritt für Damen und Herren **0.75** RM.
Die Mitgliedskarten für 1931 sind an der Kasse vorzuzeigen.

Der Vorstand

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag, den 20. Dezember
10 Uhr: **Gottesdienst**
Danach **Kindergottesdienst**
4 Uhr: **Adventfeier für unsere Alten.**
Deutsch-christlicher Jugendbund.
Sonntag 8 Uhr: Jungmännerbund, Weihnachtsfeier.
Mittwoch, 8 Uhr: Jungmädchenbund.

Lungenfürsorge Elsfleth

Nächste Sprechstunde Dienstag, d. 12. Januar 1932

Besonders billige Preise

für
Oberhemde
Cravatten
Hosenträger
Garnituren
Farbige Socken
Hüte und Mützen
Knaben-Ulster
Knaben-Pyjacks
Kieler-Anzüge

Th. v. Freeden

Zum Backen
nur
„Wiener Griessler"

das feine Weizenauszugmehl Pfund **25** ₰

Rosinen	Pfd.	**45, 50, 80** ₰
Korinthen	Pfd.	**50** ₰
Sukkade	¼ Pfd.	**35** ₰
Mandeln	¼ Pfd.	**35** ₰
Kokosraspel	1 Pfd.	**40** ₰
Margarine	1 Pfd.	**38** ₰
Kokosfett	1 Pfd.	**38** ₰
Schmalz	1 Pfd.	**55** ₰
Zucker	1 Pfd.	**35** ₰

Thams & Garfs
Niederlage

Für Geschenkzwecke

empfehle zu kleinen Preisen
Damen-Schürzen
Kinder-Schürzen
Taschentücher
Seidene Unterwäsche
Regenschirme
Kissenbezüge
Bettbezüge
Tischwäsche
Leibwäsche
Tischdecken
Teppiche
Wachstuche

Th. v. Freeden

Praktische Weihnachtsgeschenke

für

DAMEN	HERREN	KINDER
Strickkleider	Gestrickte Westen	Strickkleider
Westen	Pullover	Pullover
Pullovers	Unterzeuge	Westen
Bettjacken	Handschuhe	Unterzeuge
Unterzeuge „Ribana" usw.	in Leder, Trikot, gestrickt	Strümpfe
Strümpfe	Krawatten	Handschuhe
Handschuhe	Oberhemden	Mützen
Schirme	Hüte, Mützen	Schals
Kittelschürzen	Hosenträger	Schirme
	Cachenez	Schlafanzüge

empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen
(auch meine billigen Preislagen sind prima Qualität)

Diedr. G. Stöver

Fernsprecher 258

Alleinverkauf der beliebten Bleyle-Fabrikate

Weihnachts-Ausstellung

in Bonbonnieren, Konfitüren, Schokoladen und Marzipan in hübschen Aufmachungen und im Anschnitt
Weihnachtsgebäck in vielen Sorten
Ludolf Stindt Fernspr. 66

Zum Feste

besonders preiswerte

Weine

Rotwein, Montagne	Fl.	**80** ₰
Rotwein, Utiel	Fl.	**90** ₰
Tarragona, lohfarben	Fl.	**1.—**
Muskat, Griech.	Fl.	**1.10**
Samos, sehr schön	Fl.	**1.20**

Spirituosen

Jam.-Rum-Verschn. 38 %	Fl.	**3.—**
Jam.-Rum-Verschn. 40 %	Fl.	**3.40**
Batavia-Arrac-Verschnitt 38 %	Fl.	**3.40**
Weinbrand-Verschn. 38 %	Fl.	**3.—**
Danzig. Goldwasser 35 %	Fl.	**2.50**
Div. Liköre 35 %	Fl.	**3.50**

Thams & Garfs Niederlage

Die noch vorrätigen
Hüte
gebe zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab
Martha Gehl, Steinstr. 12

Bis Weihnachten 12 Karten 5 RM

Aufnahmen täglich bis abends 7 Uhr. Aufnahmen, die bis Sonntag gemacht werden, sind zum Fest fertig.
Auf Foto-Apparate u. Zubehör bis zu **25** % **Rabatt**
Foto-Schanz, Berne, Telefon 391

In
Strumpfwaren
finden Sie bei uns stets ein großes Lager für Groß u. Klein zu ganz kleinen Preisen

Th. v. Freeden

Ihre Vermählung zeigen hiermit an

Harry Vogeley und Frau
Margret geb. Ikels
Hammelwarden

Gleichzeitig danken wir herzlichst für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten

---

Elsfleth, den 18. Dezember 1931

Mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater und Grossvater

Franz Kersten

ist heute, nach schwerer, mit grosser Geduld ertragener Krankheit im Alter von 69 Jahren, sanft entschlafen.

Um stille Teilnahme bitten

Sophie Kersten geb. Haverkamp
Franz Kersten und Frau geb. Röder
Ernst Paar und Frau geb. Kersten
und die Enkelkinder.

Elsfleth, Langenargen a. Bodensee, Hamburg

Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Dezember, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause aus, statt.
Vorher Trauerandacht im Hause.

Landesbibliothek Oldenburg

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elsfleth, den 19. Dezember 1931

Tages-Zeiger

☽-Aufgang: 8 Uhr 39 Min. ☉-Untergang: 4 Uhr 08 Min.

Hochwasser:
9.30 Uhr Vorm. — 10.20 Uhr Nachm.
20. Dezember: 10.40 Uhr Vorm. — 11.20 Uhr Nachm.
21. Dezember: 11.40 Uhr Vorm. — — Uhr Vorm.

* Auf den heute abend, pünktlich 8 Uhr, im Hotel Großherzog von Oldenburg“ stattfindenden Visurgenball wird hiermit nochmals hingewiesen. (Siehe Anzeige).

* An der Seefahrtschule in Elsfleth bestanden am 16. Dezember die folgenden Herren die Vorprüfung zum Seesteuermann auf großer Fahrt: Gradhering aus Niehagen in Mecklenburg, Fretwurst aus Wustrow, Friedrich aus Saarbrücken, Pötters aus Homberg, Schulze aus Neuhaus a. d. O., Langermann aus Berne und Tscherkesow aus Sofia (Bulgarien).

* An der Seefahrtschule in Elsfleth bestanden am 18. Dezember die folgenden Herren die Prüfung zum Kapitän auf großer Fahrt: Hellwig aus Rodenkirchen, Hofer aus Plattling (Bayern), Rahe aus Oberhausen (Rheinland), Schumacher aus Obermmelwarden, Waller aus Cuxhaven und Wellbrok aus Kirchhammelwarden. Die Herren Hofer, Rahe, Waller und Wellbrok erhielten das Prädikat „Gut bestanden“, Schumacher das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“. Herr Schumacher erhielt außerdem den vom Verein der Freunde der Seefahrtschule in Elsfleth gestifteten Preis für besonders gute Leistungen.

* An der Seefahrtschule in Elsfleth werden am 1. April 1932 wieder Bordfunkerlehrgänge im Anschluß an die Steuermannslehrgänge beginnen.

* In den „Tivoli-Lichtspielen“ gelangt am Sonntag der große Metro-Goldwyn-Mayer-Film „Der jüngste Leutnant“ zur Aufführung. Napoleon ist nach Elba verbannt worden. Unter dem neuen royalistischen Regime werden die Anhänger des großen Korsen unbarmherzig verfolgt. Zu den Bonapartisten, die wegen ihrer Bemühungen um Wiedereinsetzung des Kaisers zu Kerker- und Todesstrafe verurteilt werden, gehört auch Armand de Treville, der jüngste Leutnant der napoleonischen Garde. Er soll erschossen werden, aber es gelingt ihm, im letzten Augenblick zu entkommen. Auf der Flucht vor seinen Verfolgern dringt er in das Schlafzimmer eines Landhauses ein und zwingt die schöne Bewohnerin des Zimmers, ihn zu verbergen. Leonie ist eine fanatische Royalistin, und als die von dem royalistischen Offizier Lucien de Grignon zur Verfolgung ausgesandten Truppen erscheinen, verrät sie ihnen das Versteck des jungen Bonapartisten. Doch Armand überwältigt seinen Gegner, der ihn gefangennehmen will, entwendet seine Uniform und gelangt glücklich ins Freie. — Ferner läuft ein zweiter Großfilm, betitelt „Der Dämon“. Ein phantastischer Romanfilm in 8 Akte, mit Paul Wegener.

* Für die kirchliche Armenpflege wurden 20 RM gespendet. Herzlichen Dank.

* An gewisse Kreise der Bevölkerung werden Fleischverbilligungskarten ausgegeben, die nicht übertragbar sind. Diese Karten können in Fleischverkaufsstellen, die bereit sind, sich damit zu befassen, eingelöst werden. Sie müssen durch Aushang kenntlich gemacht werden. Die Fleischverbilligungskarten sind von dem Bezugsberechtigten zwecks Erlangung von verbilligtem Fleisch der Verkaufsstelle vorzulegen. Bei der jeweiligen Abgabe eines ganzen Pfundes frischem Rind- oder Schweinefleisches trennt der Fleischverkäufer den an dem betreffenden Tage geltenden Abschnitt ab, den er durch Aufdruck seines Firmenstempels unter Hinzufügung des Datums zu entwerten hat. Der Fleischverkäufer liefert die gesammelten Abschnitte jedesmal zusammen für 2 Wochen innerhalb von 5 Tagen nach dem letzten Gültigkeitstage an die ihm vom Stadtmagistrat bzw. Gemeindevorstand bekanntgegebene Kassenstelle ab. Die Kassenstelle erstattet ihm den Betrag, der der Zahl der abgelieferten Abschnitte entspricht. Nach dem Verfalltage abgelieferte Abschnitte können nicht mehr berücksichtigt werden.

* Das Finanzministerium hat angeordnet, daß mit Rücksicht auf das Weihnachtsgeschäft die sonst am 21. d. M. fälligen Beamtenbezüge bereits am Sonnabend, dem 19. d. M., zur Auszahlung gelangen.

* **Oldenburg,** 17. Dezember 1931. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Ferkel- und Schweinemarkt. Auftrieb: Insgesamt 1044 Tiere, nämlich 921 Ferkel, 96 Läuferschweine und 17 ältere Schweine.

Es kosteten das Stück der Durchschnittsqualität:

Ferkel, bis 6 Wochen alt	6—7 RM
Ferkel, 6—8 Wochen alt	7—9 „
Ferkel, 8—10 Wochen alt	9—12 „
Läuferschweine, 3—4 Monate alt	13—18 „
Läuferschweine, 4—6 Monate alt	18—25 „

Größere Läuferschweine entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen wurden über, geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Ruhig.

§ **Oldenburg.** Bildung einer Notgemeinschaft des Landbundes Oldenburg-Bremen. Der Landbund Oldenburg-Bremen hatte eine Versammlung einberufen, der fast 600 Vertrauensmänner und Interessenten gefolgt waren. Der Vorsitzende Hausmann Battermann, Oberege bei Elsfleth, erteilte nach einleitenden Begrüßungsworten dem erschienenen Vorsitzenden des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, Dr. Wendhausen, Mitglied des Reichstags, das Wort. Redner sprach in klaren und treffenden Worten von der Not der heutigen Zeit überhaupt, insbesondere der Not der Landwirtschaft, und schilderte durch Beispiele, wie die Landwirte, wenn es so weiter gehe, dem Ruin entgegen sehen müßten. Aufgabe des Landbundes sei, Bestimmungen durchzusetzen, wodurch verhindert würde, daß der Bauer seinen Hof und sein Betriebsinventar unverschuldeter Weise verlieren könne. Wenn die deutsche Landwirtschaft versage, sei eine Hungersnot nicht abzuwenden. Nach einer Mahnung an die Anwesenden unbedingt rechts zu wählen, schloß der Redner seine interessante Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Hauptgeschäftsführer Dr. Müller gab u. a. Berechnungen bekannt, die die hohen Beiträge zu den verschiedenen Versicherungen und Genossenschaften, sowie sonstige Abgaben und Zinsen betrafen. Die müßten gesenkt werden, damit die Rentabilität der Landwirtschaft wieder erreicht werde. Es wurde dann folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die im Landbund Oldenburg-Bremen zusammengeschlossenen Landwirte werden jeden, der vom heutigen Tage an einen landwirtschaftlichen Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb, Grund und Boden, lebendes und totes Inventar auf oder infolge einer Zwangsversteigerung sich aneignet oder den bisherigen Pächter aus seiner Pachtung verdrängt, geschäftlich, persönlich und gesellschaftlich als Gegner betrachten und behandeln. Mit Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, die mit solchen Verrufserklärten in Geschäftsverbindung treten, wird sofort jede geschäftliche Verbindung abgebrochen. Es sollen in allen Gemeinden des Landes Personen gewählt werden, die darauf zu achten und sich einzusetzen haben, daß den in der Entschließung geforderten Bestimmungen nachgekommen wird. Zum Vorsitzenden der Notgemeinschaft wurde Landtagsabgeordneter Bunnemann, Colmar, gewählt. Von nationalsozialistischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Landwirte und ihre Angehörigen nur deutsche Waren von deutschen Kaufleuten kaufen dürften. Darauf schloß der Vorsitzende Battermann die Versammlung mit der Mahnung, die notwendigen Maßnahmen, zur Hilfe für die Landwirte, streng durchzuführen.

* **Oldenburg.** In der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer verfügen die Nationalsozialisten mit 26 von 47 Mitgliedern über die absolute Mehrheit. Bei der direkten Wahl erhielten sie 23 von 13 Mandaten. Im Gegensatz der Zuwahl von sieben Volksvertretern gelang es ihnen, bei der Zuwahl von Personen, die sich um die Landwirtschaft besonders verdient gemacht haben, drei reine Parteimitglieder durchzubekommen. Ihrer Stärke entsprechend, konnten sie die Posten des Ersten und Zweiten Vorsitzenden und die überwiegende Mehrheit der übrigen Vorstandsämter mit ihren Parteianhängern besetzen, sodaß man von einer reinen NSDAP-Herrschaft in der Kammer sprechen kann.

* **Leer.** Leerer Heringsfischerei A.-G. Die Gesellschaft beruft auf den 8. Januar eine Generalversammlung ein, der das Geschäftsergebnis für das am 30. Juni 1931 beendete Geschäftsjahr vorgelegt wird. Die Tagesordnung sieht lediglich die Regularien vor. Wie wir hören, wird die Gesellschaft einen neuen Verlustabschluß vorlegen, weil das Betriebsergebnis eine Unterbilanz gebracht hat. Per 30. Juni 1930 wurde ein Verlust von 4742 Reichsmark ausgewiesen, der zusammen mit dem Verlustvortrag aus den Vorjahren mit insgesamt 104 805 RM auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Das Aktien-Kapital der Gesellschaft beträgt 400 000 RM. Majoritätsbesitzer ist die „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A.-G.

* **Verden.** Der Neubau der Allerbrücken geht seiner Vollendung entgegen. Die beiden Mittelstücke wurden dieser Tage eingesetzt, wodurch die beiden Nordbrücken geschlossen sind, so daß eine Verbindung zwischen der Stadt und dem jenseitigen Allerufer besteht.

* **Herford.** Dem Landwirt K. in Bieren ist die Notverordnung ein Retter aus höchster Not geworden. Er hatte eine Bürgschaft von 10 000 Mark übernommen, mit der er hereingefallen war. Das Geld konnte er nicht aufbringen, und die Folge davon war, daß man seine Besitzung zwangsversteigern ließ. Das Höchstgebot belief sich auf 8000 Mark. Da nach der Notverordnung das Mindestgebot aber 8400 Mark betragen mußte, konnte der Zuschlag zur größten Freude des Besitzers nicht erteilt werden.

Aus dem Leserkreise.

Für die hierunter veröffentlichten Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Das in der öffentlichen Kundgebung so unfair angegriffene Stadtratsmitglied Vogelsang erklärt hiermit, daß er sich durch die Anpöbeleien absolut nicht getroffen fühlt. Wie die Erklärung der Verbände angenommen wurde, wissen die Versammlungsteilnehmer am besten. Im übrigen wird in der nächsten Zeit auf die erhobenen Anschuldigungen geantwortet. Gleichzeitig sollen alle bestehenden Mißstände rücksichtslos aufgeklärt werden.

Auch die schönste Kleidung kann rote Hände und rotes Gesicht nicht schön machen. Allein die herrliche Creme Leodor bewirkt dieses Wunder und macht die Haut weiß und zart. Tube 60 Pf. Versuch überzeugt.

Zum Weihnachtsfest:

ff Räucheraale
Räucherwaren
Marinaden
Krabben
und Heringe in Gelee
Appels Heringssalat
und Mayonnaise
Feinste Salzheringe
(3 Sorten)
Salz- u. Essiggurken

Fr. Bamberger, Fernruf 37

Die Mietsenkung.

Durchführungsbestimmungen der Reichsregierung. — Die Länder zu Ergänzungen ermächtigt.

— Berlin, 17. Dezember.

In Ausführung der grundsätzlichen Bestimmungen der vierten Notverordnung über die Mietsenkung hat die Reichsregierung soeben eine Durchführungsverordnung erlassen. Ueber den Inhalt dieser Durchführungsverordnung wird amtlich mitgeteilt:

Es kam der Reichsregierung darauf an, mit größter Beschleunigung eine rechtliche Grundlage für eine möglichst reibungslose Durchführung der Mietsenkung zu schaffen und die auf diesem Gebiet zunächst bestehende Unsicherheit tunlichst zu beseitigen. Sollte dieses Ziel ohne Zeitverlust erreicht werden, so mußte die Durchführungsverordnung sich darauf beschränken, diejenigen Fälle zu regeln, die in der Praxis die überwiegende Rolle spielen und deren einheitliche Regelung für das ganze Reich unbedingt erforderlich erscheint.

Im übrigen ist den Länderregierungen in weitem Umfang das Recht eingeräumt worden, von sich aus die weiterhin erforderlichen Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu erlassen und für bestimmte Fälle Ausnahmen von der allgemeinen Mietsenkung zuzulassen.

Die Durchführungsverordnung legt allen Vermietern die Pflicht auf, den Mietern unverzüglich den Zins mitzuteilen, der für die mit dem 1. Januar 1932 beginnende Mietzeit zu zahlen ist. Das gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnungen und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten. In der weiteren Behandlung bestehen zwischen Alt- und Neubauten erhebliche Unterschiede.

In den Altbauten

beträgt die Mietsenkung bei Geschäftsräumen und Wohnungen ohne Rücksicht darauf, ob gesetzliche oder vereinbarte Miete gezahlt wird, 10 v. H. der Friedensmiete. **Mietermäßigungen, die der Vermieter im Laufe des Jahres 1931 zugestanden hat, dürfen auf die gesetzlich vorgeschriebene Mietsenkung angerechnet werden.** Nur in den Fällen, in denen die Miete sich deswegen ermäßigt hat, weil die Friedensmiete auf Grund des Paragraph 2 des Reichsmietengesetzes neu festgesetzt worden ist oder in denen der Mieter sich auf die gesetzliche Miete berufen hat, ist die Anrechnung ausgeschlossen. Die Neuberechnung der Miete auf dieser Grundlage wird bei Altbauten im allgemeinen kaum Schwierigkeiten machen. Soweit das doch der Fall sein sollte, entscheidet das Mieteinigungsamt oder eine andere von den Ländern hierfür bestimmte Stelle.

Bei Neubauten,

d. h. solchen Bauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, ist nach den Vorschriften der Notverordnung die Mietsenkung individuell vorzunehmen, indem der Betrag, um den der Vermieter durch die Zinsherabsetzung entlastet wird, bei der Miete in Abzug gebracht wird. Bei mehreren Wohnungen desselben Grundstückes ist der ersparte Betrag auf die einzelnen Mieter anteilig nach der Höhe des Mietzinses zu verteilen. Bei einem Teil der Neubauten kann die Feststellung der neuen Mieten mit Schwierigkeiten verbunden sein und eine gewisse Zeit erfordern, da beispielsweise eine völlige Klarheit über die Auswirkung der Mietensenkung erst nach dem Erscheinen der hierzu erforderlichen Durchführungsbestimmungen möglich ist. Das gilt vor allem in den Fällen, in denen die Hypotheken aus ausländischem Kapital gegeben wurden.

Die Verordnung zur Durchführung der Mietsenkung sieht daher vor, daß in solchen Fällen der Vermieter den Mietern eine vorläufige Mitteilung über die im Januar 1932 zu zahlenden Mieten zukommen lassen muß. Den in der vorläufigen Mitteilung angegebenen Betrag müssen die Mieter vorbehaltlich endgültiger Mietfestsetzung zahlen. Spätestens bis zum 25. Januar 1932 muß auch bei Neubauten der Vermieter den endgültigen Mietbescheid erteilen.

Die Länder haben Stellen zu bestimmen, die im Streitfalle über die Mietermäßigungen bei Neubauten zu entscheiden haben. Im allgemeinen dürften hierfür nicht die Mieteinigungsämter bestimmt werden, die bisher mit den Neubauten noch nicht befaßt worden sind, sondern diejenigen Stellen, die bisher die Hauszinssteuer vergeben haben und denen daher die Verhältnisse der Neubauten bekannt sind.

Eine besondere Vorschrift ist für die

gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen

getroffen worden. Diesen Unternehmen, die vielfach einer sehr großen Wohnungsbestz aus verschiedenen Bauperioden verwalten, ist die Verpflichtung auferlegt worden, unbeschadet des Grundsatzes einer möglichst allgemeinen Mietsenkung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem genossenschaftlichen Gedanken, mit dem eine Bevorzugung einzelner Wohngruppen, z. B. derjenigen die in Inflationswohnungen wohnen, auf die Dauer unvereinbar ist.

Hitler an Brüning.

Stellungnahme zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers.

— München, 17. Dezember.

Die Pressestelle der NSDAP. veröffentlicht eine umfangreiche Erwiderung Adolf Hitlers auf die Rundfunkrede des Reichskanzlers Dr. Brüning. In dieser Erwiderung heißt es, der Kurs des herrschenden Systems habe bisher nicht den Regierungen, sondern den Kritikern recht gegeben. Empfinde man diese Kritik der Nationalsozialisten als unerträglich, dann möge man ihnen das Reden ersparen und ihnen die Macht geben.

Hitler richtet dann an den Reichskanzler die Frage, ob es außenpolitisch richtig und klug sei, eine Bewegung, die nationalpolitisch gesehen, den einzigen Aktivposten Deutschlands für eine wirkliche nationale Außenpolitik überhaupt darstelle, planmäßig der Welt gegenüber als eine illegale und verderbliche Räuberbande vorstellen zu lassen, ohne aber auch nur im geringsten den Sieg dieser Bewegung verhindern zu können.

Weiter fragt Hitler, ob der Kanzler glaube, daß es dem Wesensgedanken der Demokratie und damit der Weimarer Verfassung entspreche, wenn eine Regierung Regierung bleibe, obwohl sie den Ausgangspunkt ihrer Gewalt, das Volk, längst verloren habe. Die Nationalsozialisten

Landesbibliothek Oldenburg

respektieren die Verfassung in ihrem Kampfe um die politische Macht und hofften, daß es ihnen möglich sein werde, dem deutschen Volke eine neue und ihres Erachtens gesündere Verfassung zu geben. Er verspreche aber schon jetzt, daß sie die jeweils gültige Verfassung auch dem Sinne nach treuer respektieren, als das heutige System die von Weimar.

Der Vorwurf der Illusionen treffe nicht die nationale Opposition. Die deutsche Innen- und Außenpolitik der letzten zwölf Jahre sei Illusion gewesen. Die Meinung, zweieinhalb Milliarden an jährlichen Tributen und zweieinhalb Milliarden an jährlichen Zinsleistungen aufbringen zu können, sei eine Illusion, genau so, wie es eine Illusion sei zu denken, daß man für solche Unmöglichkeiten auf die Dauer im Inneren die politische Deckung finden werde. Auch die neue Notverordnung werde sich in den Hoffnungen, die man an sie knüpfen müsse, als eine Illusion erweisen.

Zum Schluß befaßt sich Hitler mit den in der letzten Notverordnung getroffenen Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens und erklärt, wenn jetzt auch das Haus wehrlos gemacht werde, so werde der Ueberfall von der Straße in kürzester Zeit zum Ueberfall im Hause werden. Daß das deutsche Volk schwere Opfer bringen müsse, davon sei auch die NSDAP überzeugt. Diese Opfer aber wären nur gerechtfertigt, wenn sie sich mit einer neuen Glaubensbildung verbänden, die dem ganzen Volk Hoffnung und Zuversicht gäbe. Die praktische Auswirkung der Notverordnung werde wider den Willen Brünings dadurch zur wirklichen Rettung der deutschen Nation führen, daß sie mithelfen würde, den Nationalsozialisten den Sieg zu verleihen.

Die Kürzung der Löhne.

Vereinbarungen für den rheinischen Braunkohlenbergbau und die oberschlesischen Erzgruben.

Auf Grund der letzten Notverordnung haben die Tarifparteien des rheinischen Braunkohlenbergbaues eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab die Tarifstundenlöhne der Lohntafel um 10 v. H. gekürzt werden. Die Kopfzulagen betragen nach wie vor 0,20 Mark.

Für die oberschlesischen Erzgruben wurde eine Lohntafel unterzeichnet, die einen Abzug von neun bis zehn Prozent vorsieht.

Für den Ruhrbergbau

setzte der Schlichter folgende Regelung fest: 1. Sämtliche Tariflöhne des bestehenden Tarifvertrages werden um 10 Prozent gekürzt.

2. Diese Regelung tritt am 1. 1. 1932 in Kraft und läuft bis zum 30. April 1932. Sie kann erstmalig zu diesem Termin mit monatlicher Frist gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Vertrag mit gleicher Kündigungsfrist jeweils einen Monat weiter.

Straßenbahn im Kugelregen.

— Berlin, 18. Dezember.

Ein Straßenbahnwagen der Linie 68 stieß in der Petersburger Straße in Berlin mit einem anderen Wagen zusammen und geriet dann noch, als er den Baltenplatz überqueren wollte, in den Kugelregen politischer Gegner. Während von den streitenden Parteien niemand getroffen wurde, erhielt der Schaffner des Wagens einen leichten Prellschuß. Anscheinend ist die Kugel glücklicherweise an einem Uniformknopf abgeprallt. Der Schaffner konnte in seine Wohnung entlassen werden. Eine herbeikommende Polizeistreife nahm 13 Kommunisten und 4 Nationalsozialisten fest und beschlagnahmte zwei Pistolen nebst Munition.

Pläne für den Ozean-Luftverkehr

Eine Erklärung Dr. Eckeners.

Kürzlich war in Londoner Blättern zu lesen, daß Dr. Eckener gedenke, in England Luftschiffe zum Verkehr über den Ozean zu bauen. Zu diesen Mitteilungen erklärt nunmehr Dr. Eckener: Die Nachricht, daß ich über den Bau von Luftschiffen in England verhandelt habe, ist unrichtig. Besprochen haben wir lediglich über die Möglichkeit, den Luftschiffhafen in Cardington bei dem geplanten Verkehr zwischen Europa und den Vereinigten Staaten gelegentlich oder regelmäßig anzulaufen und daselbst Post zu übernehmen oder abzusetzen. Im Laufe der Besprechungen ist dann auch davon die Rede gewesen, ob England vielleicht in die deutsch-amerikanische Gesellschaft als dritter Teilnehmer eintreten würde und ein oder mehrere Luftschiffe, für die in England die Mittel aufzuwenden seien, würde aufbringen können. Solche englischen Schiffe, so wurde festgestellt, müßten natürlich in England gebaut werden.

Kampf um 200 Handgranaten.

Zusammenstöße in der Steiermark. — Zwei Personen erschossen.

— Wien, 18. Dezember.

Als in der steiermärkischen Ortschaft Voitsberg gerade Versammlungen der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten stattfanden, wurde dem Gendarmerieposten mitgeteilt, im Bürgermeisteramt würden Sprengstoffe aufbewahrt. Die Gendarmerie drang darauf in das Amt ein und beschlagnahmte dort etwa 200 Handgranaten. Mittlerweile hatten sich die Teilnehmer der sozialdemokratischen Versammlung vor dem Amt eingefunden, wo es nun zu Zusammenstößen kam. Ein Gendarm erhielt während des Handgemenges einen Messerstich ins Gesicht. Gleichzeitig wurde ein Schuß abgefeuert, durch den der Gendarm verletzt wurde. Durch das gleiche Geschoß wurde aber auch die Schriftführerin der sozialdemokratischen Versammlung, eine Junglehrerin namens Koch, getötet. Nunmehr machte auch die Gendarmerie von der Waffe Gebrauch. Einer der Demonstranten wurde getötet, sechs wurden schwer verletzt. Inzwischen ist einer der Schwerverletzten bereits gestorben.

Der Werkspionage-Prozeß.

— Ludwigshafen, 18. Dezember.

Im Werkspionageprozeß erstattete der Sachverständige Prof. Dr. Grimm-Heidelberg sein Gutachten. Er wies auf die Bedeutung des Harnstoffverfahrens für Deutschland hin und ging dann auf die Umwandlung von Holz in Formaldehyd sowie auf die Umwandlung von Braunkohle in künstliches Benzin ein. Beide Verfahren hätten zweifellos für Rußland wegen seines Holz- und Kohlenreichtums besonderes Interesse. Da die Fragen sehr genau formuliert waren, müssen sie von einem wirtschaftlichen „Generalstab" gestellt worden sein.

Versicherung und Zinssenkung.

Generaldirektor Dr. Schmidt vor der Presse.

Von allen Einzelmaßnahmen der letzten Notverordnung haben die Bestimmungen über die Zinssenkung für die Wirtschaft allgemeine Bedeutung. Von dieser Maßnahme werden alle Wirtschaftszweige, die Anleihen, Kredite und Gelder aufnehmen, sowohl wie diejenige, die solche ausleihen, betroffen. Je nach den besonderen Auswirkungen ist deshalb die Zinssenkungsverordnung der Regierung begrüßt oder kritisiert worden. Auch für das Versicherungsgewerbe hat die verordnete Zinssenkung eine Auswirkung, die sich vor allem bei der Dividendenberechnung für die Prämienvergünstigungen geltend macht.

In einer Pressebesprechung, die in den Berliner Räumen der Allianz- und Stuttgarter Verein, Versicherungs AG. stattfand, ging Generaldirektor Dr. Schmidt in dem üblichen Jahresbericht auch auf diese Frage der Zinssenkungsauswirkung auf das Versicherungsgewerbe ein. Nach seinem Bericht hat sich das Versicherungsgeschäft in Deutschland im vergangenen Jahre trotz der ansteigenden Krise etwa in dem gleichen Rahmen entwickelt wie im Vorjahre. Der Schadenverlauf hat keine krisenartigen Verschiebungen erfahren; in der Transport-, Maschinen- und Haftpflichtversicherung war er günstiger, in der landwirtschaftlichen Feuer-, Hagel- und Automobilversicherung dagegen ungünstiger.

Wenn sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an sich auch auf die Prämieneinnahme ausgewirkt haben, so haben sie dennoch bei der Allianz und Stuttgarter doch keinen nennenswerten Rückgang aufzuweisen. In dem Zweig der Lebensversicherungen kann in dem genannten Konzern mit einem Antragszugang von 460 Millionen gegenüber 570 Millionen im Vorjahre und mit einem Reinzuwachs von über 100 Millionen auf rund 3,3 Milliarden Versicherungsbestand gerechnet werden.

Nicht ohne Interesse sind die Feststellungen Dr. Schmidts, daß in der Entwicklung des Versicherungsgewerbes deutlich zum Ausdruck kommt, wie trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten

das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zur deutschen Wirtschaft nicht erschüttert

worden ist, daß vielmehr durch die Versicherungsanträge das Zutrauen zu einer Wiedergesundung und einem Wiederanstieg der deutschen Wirtschaftsentwicklung in allen Bevölkerungsschichten sich ausdrückt. Dadurch kommt aber weiter zum Ausdruck, daß die deutsche Bevölkerung gerade zum deutschen Versicherungswesen unbedingtes Vertrauen hat, indem sie alle irgendwie möglichen Ersparnisse gewissermaßen als Lebensrente in geeigneten Versicherungen zur Anlage bringt. Deshalb ist aber auch begreiflich, daß im Publikum die Frage aufgeworfen worden ist, wie sich die Zinssenkungsmaßnahmen der neuen Notverordnung auf die Versicherungsbeiträge und auf die Versicherungsleistungen auswirken.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß sich Lohn- und Preisfrage bei den Sachversicherungen natürlich auswirken d. h., daß die Prämie ohne weiteres der Preisbewegung folgt. Werden durch den Preisabbau die Prämien rückgängig, so ermäßigt sich entsprechend das Schadenrisiko und parallel damit der Unkostenfaktor. Andererseits ergibt sich dadurch erklärlicherweise für das Versicherungsgewerbe aber auch die Notwendigkeit, mit rückgängigen Preisen und Prämien die personellen Unkosten durch entsprechende Lohn- und Gehaltskürzung herabzusetzen.

In der Lebensversicherung wirken sich diese Maßnahmen kaum irgendwie auf die Prämienberechnung aus. Denn hier überträgt die Versicherungsdividende, die z. B. bei der Allianz- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank den deutschen Versicherten 99 Prozent des aus ihrem Bestand erzielten Ueberschusses zuführt, die Auswirkung aller Preisbildungsfaktoren automatisch auf die zu zahlende Prämie. Dagegen hat die Zinsherabsetzung gerade für die Lebensversicherung größere Bedeutung. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß alle auf Grund der einzelnen Abschlüsse zur Versicherung des Lebens aufkommenden Prämien als Sparkapital zinsbringend und zwar durchaus mündelsicher angelegt werden müssen. Erbringen die so angelegten Prämienkapitalien einen geringeren Zinsertrag, so wirkt sich das zunächst lediglich auf die Prämiendividenden aus. Da diese aus dem Zinsaufkommen des laufenden Jahres für das Jahr 1932 bereits festgelegt sind, so ist bei der Mehrzahl der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften mit einer Herabsetzung der Dividenden für das Jahr 1932 nicht zu rechnen.

Die Zinsverbilligung wirkt sich sonach in den meisten Fällen voraussichtlich erst für das Jahr 1933 aus. Trotzdem ist aber auch hier der Dividendenrückgang in der Mehrzahl so gering, daß eine Heraufsetzung der Prämien unter Berücksichtigung der Dividenden überhaupt kaum in Frage kommen und höchstens die Prämienermäßigung sich etwas verringern könnte. Im übrigen werden die deutschen Gesellschaften alles tun, um die Auswirkung der Zinsreduktion nicht fühlbar zu machen, wie sie überhaupt unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen bestrebt sind, durch eine Reihe von Methoden sich der Situation des einzelnen Versicherten anzupassen.

100000 Mark gezogen.

In der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde das Los Nr. 265 653 mit einem Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Achteln in Hessen-Nassau, in der zweiten Abteilung in Achteln in Berlin gespielt. Mit einem Gewinn von 50 000 Mark wurde das Los 339 259 gezogen. Dieses Los wird in beiden Abteilungen in Berlin gespielt.

Schneesturm entwurzelt 100000 Bäume.

Auf der Insel Gotland.

Ein orkanartiger Schneesturm, der 48 Stunden hindurch über Schweden hinwegbrauste, hat auf der Ostseeinsel Gotland etwa 100 000 Bäume geknickt oder gar völlig entwurzelt. Auch in Polen verursachten Schneestürme erheblichen Schaden. In Pommerellen und im Wilnagebiet sind nahezu alle Telephonleitungen zerstört. In Galizien stießen infolge der schlechten Sicht zwei Güterzüge zusammen, wobei fünf Wagen entgleisten.

Pola Negri operiert.

— Neuyork, 18. Dezember.

Pola Negri, die seit mehreren Tagen schwer krank in einer Klinik liegt, wurde jetzt operiert. Die Operation verlief günstig, doch wird ihr Zustand noch als sehr ernst angesehen.

Pola Negri erkrankte während der Aufnahmen zu ihrem neuen Film. Sie hatte nach langer Pause erst jetzt ihre Filmtätigkeit wieder aufgenommen. Wie verlautet, ist Pola Negri von einem Arzt wegen Fleischvergiftung behandelt worden, während es sich in Wirklichkeit um ein schweres Magenleiden gehandelt hat. Vor der Operation erbat die Filmschauspielerin noch die Sterbesekramente.

Gerichtssaal.

+ Von der Anklage, die Braut erschossen zu haben, freigesprochen. Der 20jährige Lackierer Ernst Böttger aus Liegnitz, der angeklagt war, am 9. Februar seine 16jährige Braut Hilda Scholz erschossen zu haben, wurde freigesprochen. Nach der Urteilsbegründung ist eine restlose Aufklärung des Falles nicht möglich gewesen. Das Gericht hält einen Selbstmord für nicht ganz ausgeschlossen. — Böttger hatte sich am Tage vor dem Tode des Mädchens gegen den Willen seiner Eltern mit Hilda Scholz verlobt

*** Keine Verleihung des Großen Staatspreises für Bildhauer.** Der Präsident der Preußischen Akademie der Künste teilt mit: Der Große Staatspreis der Preußischen Akademie der Künste für Bildhauer ist nicht zur Verleihung gelangt. Es wurden drei Prämien von je 1100 Mark den Bildhauern Erich Geisel-Berlin, Hans Mettel-Berlin und Kurt Schumacher-Berlin zugesprochen.

*** Ehepaar gasvergiftet aufgefunden.** Den 35 Jahre alten Händler Stulgies und seine 24jährige Frau fand man in ihrem Verkaufsraum am Bahnhof Berlin-Treptow mit Gas vergiftet auf. Man nimmt an, daß das Ehepaar bereits am Sonntag Selbstmord begangen hat.

*** Kind in einer ungeheizten Wohnlaube erfroren.** In dem bei der märkischen Stadt Bernau gelegenen Siedlungsgebiet von Buchholz ist in einer Laube ein zweijähriges Mädchen buchstäblich erfroren. Die Laubenbewohner sind so arm, daß sie sich nicht das geringste Heizmaterial kaufen konnten. Während die Eltern von der Wohnstätte abwesend waren, rutschte das nur dürftig bekleidete Kind in eine Ecke der ungeheizten Bretterlaube und wurde hier vom Tode ereilt. Der Vater hat einen Selbstmordversuch unternommen.

Am 1. Januar Preisschilder

Berlin, 18. Dezember.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat eine Verordnung erlassen, nach der in allen Läden des Fleischer-, Bäcker- und Friseurgewerbes ab 1. Januar 1932 deutlich sichtbare Preisschilder und Preisverzeichnisse anzubringen sind. Die Polizei kann nötigenfalls die Beobachtung dieser Vorschrift erzwingen. Sie ist angewiesen, böswillig Zuwiderhandelnde dem Reichskommissar bekanntzugeben, damit die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume verfügt werden kann.

Die Roheisenpreise wurden gesenkt

Düsseldorf, 18 Dezember.

Die Roheisenpreise sind mit Wirkung vom 16. 12. um 9—10 Mark je Tonne gesenkt worden. Die Konventionspreise wurden durchweg um 10 Prozent ermäßigt.

Nach Mitteilung des Roheisenverbandes betrage in Deutschland im Jahre 1931 bisher die Erzeugung nur 38 Prozent des Monatsdurchschnitts im Jahre 1929.

Senkung der Eisenpreise schon ab 1. 12.

Düsseldorf, 18 Dezember.

Die Verkaufsverbände der Deutschen Rohstahlgemeinschaft beschlossen den Abbau der Eisenpreise mit rückwirkender Kraft ab 1. 12. 31. Die bisherigen Ueberpreise sowie die Walzdrahtpreise wurden um 10 Prozent ermäßigt.

Vergleichsverfahren bei Hanomag

Hannover, 18. Dezember.

Der Aufsichtsrat der Hanoverschen Maschinenbau-A.-G. vormals Georg Egestorff (Hanomag) beschloß, die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zu beantragen. Infolge der Juli-Ereignisse ist eine derartige Geschäftsschrumpfung eingetreten, daß der jetzige Absatz kaum ein Drittel des Jahres 1931 erreicht. Dementsprechend ist eine starke Verknappung der Geldmittel eingetreten. Die Lage ist verschärft worden durch die Tatsache, daß ein wesentlicher Teil der Erzeugung landwirtschaftliche Abnehmer hat, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und zu neuen Bestellungen nicht in der Lage sind.

Was die Unterausschüsse berichten

Basel, 18. Dezember.

Eine Vollsitzung des Beratenden Sonderausschusses nahm gestern abend die Berichte der Unterausschüsse entgegen.

Der Bericht des Statistischen Unterausschusses kommt zu der mit allem Vorbehalt gemachten Feststellung, daß Deutschland aus Auslandsguthaben im Jahre 1932 etwa 300 bis 400 Millionen Mark Einnahmen zieht. Die Verzinsungs- und Tilgungslast der ausländischen lang- und kurzfristigen Anlagen in Deutschland wird bei dem gegenwärtigen Zinssatze mit 1600 bis 1850 Millionen Mark für 1932 beziffert. Die deutschen Guthaben im Auslande, ohne das sogenannte Fluchtkapital werden mit 8,4 Milliarden, wie bereits für Juli ermittelt, angegeben.

In dem Budgetbericht werden namentlich die großen Anstrengungen hervorgehoben, die Deutschland insbesondere in der jüngsten Zeit macht, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Besonders erwähnt wird die starke Kürzung der Beamtengehälter im letzten Jahre. Die zur Tilgung der schwebenden Schuld geplanten Maßnahmen werden als besonders schwere Belastung in der jetzigen Krisenzeit anerkannt, gleichzeitig aber auch betont, daß es wichtig sei, denjenigen Teil der schwebenden Schuld jetzt abzutragen, der aus Fehlbeträgen früherer Haushalte entstanden sei.

Der Ausschuß stimmt zu

Washington, 18. Dezember.

Das Hoovermoratorium ist im Ausschuß des Repräsentantenhauses angenommen worden.

Die Demokraten im Senat für Hoovermoratorium

Washington, 18. Dezember. Im Senat erklärte der Fraktionsführer der Demokraten, daß seine Partei im Interesse des amerikanischen Volkes für das Hoovermoratorium stimmen werde.

Landesbibliothek Oldenburg